



*Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,*

beim Thema Klimaschutz ist auf den letzten Metern dieser Parlamentszeit noch einmal Schwung in die Debatte gekommen. Das ist gut und sinnvoll, aber das hätte ich mir von Anfang an gewünscht. Denn während die SPD mit vielen Vorschlägen gestartet ist, stand der Koalitionspartner auf der Bremse. Trotzdem haben wir das Klimaschutzgesetz auf den Weg gebracht, den Kohleausstieg und zusätzliche Ausschreibungen für Erneuerbare Energien durchgesetzt.

Der Witz des Tages ist, dass die vorherigen Blockierer sich jetzt, wo es auf den Wahlkampf zugeht, als Klimaschützer entdecken. Dabei mussten wir mit der CDU um jeden Punkt in Richtung Regenerative Energien und Kohleausstieg ringen und sogar verhindern, dass der Windkraftausbau durch höhere Abstandsflächen zum Erliegen kommt. Was uns immer von anderen unterschieden hat, war und ist, dass wir Klimaschutz und Soziales zusammen gedacht haben. Das heißt, welche Auswirkungen haben die Maßnahmen auf Arbeitsplätze, die finanzielle Lebenssituation der Menschen sowie die der Städte und Gemeinden. Es geht nicht um das Motto „wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“, sondern um die Frage, was wir wem zumuten können und wie wir entstehende Belastungen ausgleichen müssen. Das ist mein Verständnis von Politik: Die Menschen mitnehmen und zwar gerade die, die sich nicht mal eben eine neue Heizungsanlage oder ein neues Auto leisten können.

Verbesserung des Klimaschutzgesetzes

Das Bundesverfassungsgericht hat ein Urteil zum Klimaschutzgesetz gefällt. Da dazu viele unterschiedliche, etwas verwirrende Meldungen im Umlauf sind, möchte ich hier gerne etwas Licht ins Dunkle bringen!

Was hat das Verfassungsgericht geurteilt? Das bisherige Klimaschutzgesetz aus dem Sommer 2019 gibt vor, dass Deutschland ab 2050 keine CO₂-Emissionen mehr ausstoßen darf. Etappenziele auf dem Weg zur vollständigen Klimaneutralität sind bis 2030 festgelegt. Das Gericht gibt nun vor, dass auch für die Zeit nach 2030 konkrete Zwischenziele festgelegt werden müssen. Unsere Minderungsziele für die einzelnen Branchen und die effizienten Kontrollmechanismen wurden vom Bundesverfassungsgericht aber ausdrücklich nicht beanstandet.

Warum haben wir nicht schon vorher Ziele für die Zeit nach 2030 vereinbart? Die SPD hätte das gerne bereits im ursprünglichen Gesetz verankert! Der erste Entwurf unserer Umweltministerin Svenja Schulze sah das bereits in den Verhandlungen 2019 vor. Das haben CDU und CSU leider nicht mittragen wollen. Um ein komplettes Scheitern des Klimaschutzgesetzes zu verhindern, haben wir damals einem Kompromiss mit Reduktionszwischenschritten bis 2030 zugestimmt.

Was passiert nun? Wir werden nun so schnell wie möglich ein verbessertes Gesetz beschließen – noch in dieser Legislaturperiode, auch wenn das Gericht uns bis Ende 2022 Zeit gegeben hat. Neben einem konkreten Zielpfad für die Zeit nach 2030 legen wir auch generell ehrgeizigere Ziele fest: Die CO₂-Emissionen sollen bis 2030 um 65 % sinken (bisher 55 %) und die Klimaneutralität soll bereits 2045 statt 2050 erreicht sein. Dafür müssen wir unseren Strom bis 2040 vollständig aus erneuerbaren Energien beziehen. Auch für eine klimaneutrale Wirtschaft benötigen wir deutlich mehr Strom aus Solaranlagen und Windrädern auf See und Land. Hier müssen wir deutlich ausbauen und heute die richtigen Entscheidungen treffen. Doch der Bundeswirtschaftsminister leugnet momentan den entstehenden Mehrbedarf. Zudem müssen wir voranschreiten bei der Digitalisierung der Stromnetze, beim Aufbau von Speichertechnologien und bei Investitionen in klimafreundliche Produktionsprozesse in der Industrie sowie bei der Modernisierung von Wohngebäuden und Schulen. Eine große Aufgabe steht bevor, doch diese Jahrhundertaufgabe birgt riesige Potenziale für gute und sichere Arbeitsplätze.

Entlastung beim CO₂-Preis für Mieterinnen und Mieter

Die SPD steht als einzige Partei dafür, Klimaschutz und Soziales zusammen zu denken. Deshalb sind wir dafür, Klimaschutzmaßnahmen nicht ausschließlich über den Preis zu regeln. Seit Anfang des Jahres gibt es bereits einen CO₂-Preis auf Öl und Gas. Infolgedessen stiegen die Benzin- und Heizkosten. Zur Entlastung der Bürger senken wir aber schrittweise die EEG-Umlage, die auf den Strompreis aufgeschlagen wird. Steigen die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung, wird gleichzeitig der Strompreis gesenkt.

Die CO₂-Bepreisung dient als Anreiz für einen Umstieg auf klimafreundliche Alternativen. Das ist ein wichtiges Instrument, um einen Wandel zu modernen emissionsarmen Heiztechnologien herbeizuführen. Für uns war aber immer klar: Diese zusätzliche Belastung darf nicht nur auf die Mieterinnen und Mietern abgeladen werden. Denn diese haben meist keinen Einfluss auf die Auswahl des Heizsystems. Deshalb müssen Vermieter nun die Hälfte der Kosten des CO₂-Preises beim Heizen übernehmen!

Im Handwerk und in der Pflege: Tarifbindung stärken!

Sowohl im Handwerk als auch in der Pflege erhalten viel zu wenige Beschäftigten Tariflöhne. Im Handwerk sind nur noch 30 % der Arbeitsverträge tarifvertraglich geregelt. Das Handwerk verliert hierdurch an Attraktivität und der Fachkräftemangel nimmt zu. Um dem entgegenzuwirken haben wir Anfang Mai eine Reform der Handwerksordnung beschlossen. Darin werden Innungen stärker in die Pflicht genommen, sich als Tarifpartner zur Verfügung zu stellen.

Auch in der Pflege wollen wir die Tarifbindung stärken. Da die Allgemeinverbindlichkeitserklärung an der Ablehnung durch die Caritas gescheitert ist, möchten wir nun mit einem Tarifreuegesetz in der

Pflege für bessere Löhne sorgen: Anbieter sollen Leistungen von den Pflegekassen nur dann erstattet bekommen, wenn sie ihren Mitarbeitern Tariflöhne zahlen. Dieser Schritt ist notwendig, da aktuell weniger als die Hälfte der Beschäftigten in der Altenpflege unter einen Tarifvertrag fallen. Noch bevor das Gesetz auf dem Tisch lag, wurde auch schon über Wege der Umgehung nachgedacht. Deshalb ringt Hubertus Heil gerade um eine sattelfeste Ausgestaltung.

Betriebsräte stärken

Jede sechste Erstwahl eines Betriebsrats wird seitens des Arbeitgebers behindert. Ein untragbarer Zustand! Daher haben wir ein neues Gesetz aufgelegt, um Betriebsräte zu stärken:

- Der Kündigungsschutz der Initiatorinnen und Initiatoren von Betriebsratswahlen wird verbessert.
 - Wir fördern die Neugründung von Betriebsräten durch die Senkung der formalen Hürden: Künftig bedarf es deutlich weniger Unterschriften für die Aufstellung eines Wahlvorschlages.
 - Die Möglichkeit des vereinfachten Wahlverfahrens wird deutlich ausgeweitet.
 - Die Altersgrenze für Auszubildende bei Wahlen der Jugend- und Auszubildendenvertretungen wird abgeschafft.
 - Das Gesetz ermöglicht den Betriebsräten außerdem mehr Mitbestimmung bei Weiterbildungsmaßnahmen und mobiler Arbeit.
-

Mehr bezahlbarer Wohnraum

Mehr bezahlbarer Wohnraum, Schutz der Mieterinnen und Mieter vor Verdrängung und der Erhalt von sozialen Quartieren: Diese Punkte sind die Ziele des Baulandmobilisierungsgesetzes. Das klingt sperrig, aber mit diesem Gesetz geben wir Antworten auf eines der größten Probleme der vergangenen Jahre: Wohnen wird gerade in Großstädten immer teurer.

Deshalb geben wir den Kommunen wichtige Instrumente zur Schaffung von Wohnraum in die Hand und schieben Spekulationen einen Riegel vor. So werden zum Beispiel Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen erschwert. Kommunen mit angespanntem Wohnungsmarkt erhalten ein zusätzliches Instrument, um gegen Spekulationen vorzugehen. Zukünftig können sie Eigentümer, die Grundstücke brach liegen lassen, verpflichten, dort Wohnungen zu bauen. Wenn der Eigentümer nicht will, kann die Gemeinde das Grundstück übernehmen und selber bauen. Auch das Vorkaufsrecht der Städte wird gestärkt: Die Gemeinde kann Grundstücke zum Verkehrswert kaufen, noch bevor diese auf den Markt kommen.

Das Gesetz ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, doch es muss noch viel für den Schutz der Mieterinnen und Mieter und für den bezahlbaren Wohnungsbau auf den Weg gebracht werden. Dieses Thema wird weiterhin im Mittelpunkt unserer Politik stehen!

Kükentöten beenden

In Deutschland werden jedes Jahr über 40 Millionen männliche Küken kurz nach dem Schlüpfen grausam durch Schreddern oder Vergasung getötet. Während weibliche Küken zu Legehennen werden, ist

das Aufziehen der männlichen Küken für den Landwirt nicht wirtschaftlich. Ab dem 1. Januar 2022 soll Schluss mit der grausamen Tötung der Tiere sein. Bis 2024 sollen auch Eingriffe an einem Hühnerei und der Abbruch des Brutvorgangs ab dem siebten Bebrütungstag verboten werden. Von da an haben Küken nämlich ein Schmerzempfinden. Zur frühzeitigen Geschlechterbestimmung im Ei gibt es bereits Prüfverfahren, aber diese sind noch ausbaufähig. Deshalb müssen wir in diesem Bereich weiter forschen und gleichzeitig über Alternativen bei der Tierhaltung nachdenken.

Für diejenigen von euch, die sich unsere wichtigsten Erfolge in dieser Legislaturperiode ansehen möchten, habe ich einen Flyer erarbeitet. Auf meiner Homepage gibt es ihn zum Download. Wer meinen Newsletter per Post erhält, findet im Briefumschlag auch die ausgedruckte Variante des Flyers.

Zudem möchte ich euch auf eine Veranstaltung auf Facebook aufmerksam machen. Schaut einfach mal rein!

SPD-Fraktion im ONLINE-DIALOG

KULTUR ÜBER TAGE

Dienstag, 1. Juni 2021, 18 Uhr

SABINE POSCHMANN, MICHELLE MÜNTEFERING UND BRUNO KNUST

In einer lockeren und launigen Runde diskutiert die Dortmunder Bundestagsabgeordnete Sabine Poschmann mit dem in der Stadt bestens bekannten Kabarettisten Bruno Knust über die Lage und Perspektiven der Kulturszene in Dortmund: Wie kann ein guter Re-Start nach dem Ende der Pandemie gelingen?

Unterstützung erhält Poschmann von ihrer Bundestagskollegin Michelle Müntefering, die sich als Staatsministerin im Auswärtigen Amt für die Förderung der Kultur stark macht. Wir freuen uns auf einen spannenden Online-Talk, in dem sicherlich auch der Humor nicht zu kurz kommen wird!

Die Veranstaltung wird live auf Facebook (facebook.com/poschmann.spd) gestreamt. Über die Kommentarfunktion bei Facebook ist es möglich, Fragen zu stellen. Gerne können Sie mir vorab unter sabine.poschmann.mao4@bundestag.de Fragen zukommen lassen. Wir werden versuchen, während der Veranstaltung so viele Fragen wie möglich zu beantworten.

Ich wünsche euch schöne Pfingsten!

Eure

Sabine